

Ein Patina ansetzendes Denkmal?

Die Entstehung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags

Von Gilbert Ziebura*



Welche Bedeutung hat der deutsch-französische Freundschaftsvertrag, fragt der deutsche Politikwissenschaftler Gilbert Ziebura in diesem Beitrag, der im Jahr 1978 im *Dokumente-Sonderheft zu den deutsch-französischen Beziehungen* erschien.

Dem deutsch-französischen Vertrag vom Januar 1963 wurde ein Schicksal zuteil, das sich seine Schöpfer bestimmt nicht erträumt hatten: Seit fünfzehn Jahren ist seine Praxis von einer Normalität gekennzeichnet, die mit den Inhalten des Vertrags kaum etwas zu tun hat. Ein Paradoxon: Man lebt mit ihm, ohne sich seiner zu erinnern. Die Normalität ist nicht Frucht vertraglicher Normen, sondern einer Art stillschweigender Übereinkunft, auf die meisten (und politisch brisantesten) Ansprüche im Vertrag zu verzichten.

Er ist zur Routine erstarrt, ein langsam Patina ansetzendes Denkmal. Drängt sich dieser Eindruck nicht um so mehr auf, als die von Tag zu Tag sich verschärfende weltwirtschaftliche und weltpolitische Situation uns mit Problemen konfrontiert, die den deutsch-französischen Vertrag als diplomatische Marginalie deklassieren?

Aber selbst dann, wenn man auf dem weltpolitisch sicherlich bescheidenen Terrain der deutsch-französischen Beziehungen bleibt, stellt sich doch die von Anfang an nicht klar beantwortete Frage: War der deutsch-französische Vertrag wirklich das, als was ihn seine Urheber hingestellt wissen wollten: Abschluß, Krönung und zugleich Institutionalisierung und damit dauerhafte Konsolidierung der „Aussöhnung“ zwischen dem französischen und dem deutschen Volk? Ist ein Vertrag ein geeignetes Instrument zur Verwirklichung solcher Ziele? Genügt es, wie die dem Vertrag vorangestellte „Gemeinsame Erklärung“ proklamiert, daß diese Aussöhnung als solche bereits geeignet

ist, die „Beziehungen zwischen den beiden Völkern tiefgreifend zu verändern“? Ist ein Vertrag nicht immer Ausdruck einer bestimmten, historisch bedingten Interessenlage zwischen den Kontrahenten?

Lieferte er tatsächlich die Garantie dafür, daß nicht nur die Schatten der Vergangenheit endgültig gebannt würden, sondern mehr noch die Chance für eine gleichgewichtige Partnerschaft im Dienste eines beide übergreifenden, gemeinsamen Zwecks eröffnet würde? Und worin bestand denn eine derartige „historische“ Finalität bilateraler Kooperation, sieht man von der ewig bemühten und langsam zu Tode strapazierten, nebulösen Europa-Ideologie ab, die ohnehin, wie die Wirklichkeit seit dreißig Jahren zeigt, Konflikte eher kaschiert als bewußt macht – Konflikte, wie sie nun einmal aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen und ökonomischen Entwicklungsniveaus, auch und gerade zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, resultieren müssen?

Geht der Vertrag von einer klaren Erkenntnis solcher, bisweilen durchaus struktureller Interessendivergenzen aus, und zeigt er auf, wie und zu welchem Zweck sie überwunden werden können? Wie sieht die im Vertrag beschworene „gemeinsame Politik“ aus, welches sind ihre gesellschaftlichen, ökonomischen und militärisch-sicherheitspolitischen Grundlagen? Wo liegt überhaupt ein gemeinsames übergeordnetes deutsch-französisches Interesse – bilateral, regional, universal? Wer definiert es in wessen Namen? Stellen sich diese

* Gilbert Ziebura war deutscher Politikwissenschaftler und hat die sozialwissenschaftliche Forschung zu Frankreich nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland mitbegründet und durch seine Arbeit geprägt.

Fragen nicht, sobald man die Ebene des schieren Pragmatismus verläßt?

Alle diese Fragen brauchten nicht gestellt zu werden, hätten sie nicht bereits an der Wiege des deutsch-französischen Vertrags gestanden. Daher ist es gut, sich noch einmal seine Vorgeschichte ins Gedächtnis zu rufen. Bereits sie steht auf bezeichnende Weise im Kontrast zur idealistischen Gloriole, mit der manche so gern seine beiden Schöpfer umgeben. In Wahrheit zeigt diese Entstehungsgeschichte unmißverständlich, daß ihre Motive und Ziele nie so dicht beieinander gelegen haben, daß der Vertrag der künftigen Ausrichtung der deutsch-französischen Beziehungen eine klare Grundlage hätte liefern können.

1945–1958: Annäherung als Folge weltpolitischer Zwänge

Trotz mancher, letztlich aber doch (zunächst) vereinzelt bleibender Bemühungen diesseits wie jenseits des Rheins, das deutsch-französische Verhältnis von Anfang an auf eine neue Grundlage zu stellen, waren die objektiven Bedingungen alles andere als günstig dafür. Die von de Gaulle und seinen Nachfolgern (insbesondere Bidault) verfolgte offizielle Deutschlandpolitik war nicht nur zutiefst von historischen Erfahrungen gekennzeichnet, sondern zugleich eine Funktion des Primärziels, den Großmachtstatus Frankreichs durch eine, sei es noch so bescheidene Entscheidungsfreiheit im sich abzeichnenden Konflikt zwischen den beiden neuen Supermächten zu bewahren. Das bedeutete, wie man glaubte, ein schwaches Deutschland. Tatsächlich hat niemand die Oder-Neiße-Grenze und später die Teilung so rasch akzeptiert wie de Gaulle, obwohl, und hier lag der

erste Widerspruch, damit die Einbeziehung der beiden Hälften Deutschlands in den entsprechenden Einflußbereich der Supermächte erleichtert und die Spaltung Europas verliert werden mußte, was ursprünglich durchaus von Frankreich verhindert werden sollte.

Von breiten Kreisen der Wirtschaft wie der (zum Teil erneuerten) herrschenden politischen Klasse wurde die Vorstellung geteilt, daß die für die künftige Stellung Frankreichs in Weltpolitik und Weltwirtschaft unabdingbare Modernisierung seiner Wirtschaftsstruktur ohne die Nutzung der deutschen Kohle kaum realisierbar sei. Das aber hieß vor allem, die französische Stahlproduktion (damals der wichtigste Indikator für wirtschaftliche Stärke) so weit zu entwickeln, daß sie mit der deutschen Schwerindustrie auf den europäischen und Weltmärkten zu konkurrieren imstande war. Alle Einzelentscheidungen der französischen Deutschlandpolitik bis Ende 1949 waren auf diese Hauptziele zurückzuführen.

Die (von klarsichtigen Geistern frühzeitig durchschauten) Widersprüche dieser Politik mußten in dem Maße offenbar werden, wie sich zeigte, daß in der globalen Strategie der USA gegenüber der Sowjetunion der Stärkung Westdeutschlands zunehmende Bedeutung beigemessen wurde und überdies die amerikanische Wirtschaftshilfe für den Wiederaufbau Frankreichs wichtiger war als die deutsche Kohle. Neben die ökonomische Abhängigkeit trat bald auch die militärisch-sicherheitspolitische.

Damit waren die Großmachtträume ausge-träumt: Der inneren wie äußeren Schwäche Frankreichs im Zeitalter schärfster amerikanisch-

sowjetischer Konfrontation fielen sämtliche Ziele seiner ursprünglichen Deutschlandpolitik zum Opfer. Auf den Lauf der Dinge in Europa hatte Frankreich nicht den geringsten Einfluß. Es entstanden zwei deutsche Staaten, und jeder von ihnen stellte das vorgeschobene Glacis der entsprechenden Supermacht im Rahmen der entstehenden Militärblöcke dar.

So einleuchtend diese Analyse ist, bleibt sie doch an der Oberfläche. Bislang sind in der Literatur mehrere Aspekte dieser Entwicklung unterschätzt worden. Einmal die Tatsache, daß die nun, seit dem Winter 1949/50, einsetzende Umorientierung der französischen Deutschlandpolitik von jenen politischen Kräften forciert wurde, die auch bereit waren, sich der amerikanischen Dominanz zu unterwerfen, ohne auf der anderen Seite sämtliche Elemente der bislang praktizierten Politik aufgeben zu wollen.

Dies mußte zwangsläufig einen schwierigen Eiertanz zur Folge haben, da die Rücksichtnahme auf die amerikanischen Forderungen nicht total sein sollte, andererseits aber für die Durchsetzung autonomer Ziele das nötige Potential fehlte. Die französische Politik in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung spiegelte dieses Dilemma getreulich und auf dramatische Weise wider. Die Annäherung an die gerade gegründete Bundesrepublik erschien unvermeidlich.

Aber selbst diejenigen Kräfte, die sie trugen, versahen sie mit einem Vorbehalt: Auch die nun praktizierte Methode der europäischen Integration (Schuman-Plan, EVG) sollte über die darin enthaltenen Kontrollmöglichkeiten dafür sorgen, daß sich das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Ländern nicht zu Ungunsten Frankreichs verschlechterte. Den Kritikern aber (Kommunisten, Gaullisten, Neutralisten) blieb diese Art der Annäherung an die Bundesrepublik immer suspekt: Sie sahen darin eine doppelte Kapitulation Frankreichs vor den USA und vor einer immer enger an die westliche Führungsmacht gekoppelten und sich in ihrem Schatten zunehmend stärkenden Bundesrepublik. Ihnen mißfiel, daß der westeu-

ropäischen Integration nur die Funktion zufallen sollte, das westliche militärische und ökonomische Potential zu stärken, ohne daß damit eine autonome politische Strategie Europas (wie immer sie aussehen mochte) ermöglicht wurde.

So wird niemand behaupten, daß diese Annäherung an die Bundesrepublik mit großem Enthusiasmus vollzogen wurde. Auf deutscher Seite geschah jedoch das genaue Gegenteil. Auch hier war die westeuropäische Integration kein Zweck an sich. Für Adenauer und einen wachsenden Teil der öffentlichen Meinung war sie ein willkommenes Vehikel, um die Reste des Besatzungsstatus abzuschütteln.

Die Westorientierung

Die Westorientierung löste alle inneren und äußeren Probleme der jungen Republik: Sie eröffnete Märkte, vertiefte die ökonomische Interdependenz, gab militärische Sicherheit (ohne viel dafür tun zu müssen), konsolidierte die Herrschaft der CDU/CSU und gab damit dem jungen Staat einen enormen Schub an Legitimität, was durch den (freilich wenig kostenreichen) Idealismus als neue wertmäßige Grundlegung noch unterstrichen wurde.

Damit hängt ein zweites Faktum zusammen. Während der wirtschaftliche Wiederaufstieg Frankreichs trotz frühzeitiger massiver Staatseingriffe auf sich warten ließ (er begann erst ab 1953), entstand diesseits des Rheins eine moderne Industriegesellschaft, deren Dynamik den französischen Beobachtern den Atem verschlug. Schien sie nicht alle ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme besser zu lösen als die dahin laborierende IV. Republik? Gelang es ihr nicht, soziale Gegensätze besser zu überwinden und damit den Klassencharakter der Gesellschaft, wie er in Frankreich bestand, langsam aber sicher abzubauen?

Vollbeschäftigung (trotz vieler Millionen von Flüchtlingen), Weltmarktexpansion, Geldwertstabilität als Basis eines breiten sozialen Konsens – kontrastierte dies alles nicht allzu deutlich mit

den zahlreichen innen- und weltpolitischen Konflikten, mit denen Frankreich konfrontiert war? Erschütterte nicht die Entkolonisierung Staat und Gesellschaft und belastete sie nicht zugleich die ökonomische Modernisierung? Während die Westdeutschen trotz (vielleicht gerade wegen) des Verlustes ihrer nationalen Einheit ihre Identität zu finden schienen, zeigte das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im August 1954, daß sich Frankreich, zumindest gegenüber der Bundesrepublik, nur noch in dem einig war, was es nicht wollte.

Kein Wunder, wenn die Alliierten den Franzosen die Arbeit abnahmen und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik über deren Eingliederung in das atlantische Verteidigungsbündnis definitiv regelten. Was noch wenige Monate zuvor erbittert umkämpft war, akzeptierte Frankreich nun ohne Schwierigkeiten. Es schien, als sei eine Schlacht endgültig verloren; Resignation breitete sich aus. Mehr noch: Angesichts weiterer schwerer innen- und außenpolitischer Krisen (Algerienkrieg, Suezabenteuer, Zerfall der staatlichen Autorität über den politischen Bankrott der sie tragenden Parteien, zunehmende außenpolitische Isolierung) brauchte man, und sei es nur, um sich den Rücken frei zu halten, eine wohlmeinende Bundesrepublik.

Dies erklärt, warum in den letzten Jahren der IV. Republik die deutsch-französischen Beziehungen am ungetrübtesten waren. Zwar gab es im Rahmen der Verhandlungen über die Errichtung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1955–1957) zahlreiche Interessengegensätze zwischen beiden Ländern. Da aber beide die EWG brauchten (die Bundesrepublik zur weiteren Konsolidierung ihres westeuropäischen Marktes und generell ihrer europäischen Position; Frankreich als Stimulans für die Konkurrenzfähigkeit seiner Wirtschaft und als Garantie für den Absatz seiner landwirtschaftlichen Produkte), wurden immer wieder Kompromißformeln gefunden. Entscheidend aber war die Niederlage Frankreichs in der Suez-Expedition und die damit verbundene außenpolitische Notlage, die die letzten Widerstände

hinwegfegte. Auch die Lösung der leidigen Saarfrage, des letzten direkten Streitobjekts zwischen beiden Ländern, bewies, wie sehr sich das Klima verbessert hatte.

Dennoch: Selbst diese Hoch-Zeit deutsch-französischer Zusammenarbeit hinterläßt, bei genauerer Betrachtung, ein zwiespältiges Gefühl. Nicht nur, weil beide Länder die Errichtung des Gemeinsamen Marktes (ganz natürlicherweise) unter dem Gesichtspunkt der Durchsetzung ihrer spezifischen nationalen Interessen betrieben hatten. Mehr noch fiel ins Gewicht, daß diese neue Form der Koexistenz darauf zu beruhen schien, daß sich keines der beiden Länder um die Probleme des anderen kümmerte. Was an Herausforderungen auf sie zukam, beantworteten sie nie miteinander, sondern aus eigenen Kräften.

Die Bundesrepublik war von ihrem „Wirtschaftswunder“ absorbiert und hüllte sich in die Illusion, über einen starken Westen eines (nicht zu fern) Tages die Wiedervereinigung „in Freiheit“ verwirklichen zu können. Es gab wohl kaum einen Franzosen, der sich in jenen Jahren (geschweige denn später) für diese Perspektive erwärmen konnte. Ganz im Gegenteil: Die Verstrickung in den Algerienkrieg (und der daraus resultierende Gegensatz mit der araberfreundlichen Sowjetunion) konnte jene Kräfte nur vorübergehend in den Hintergrund drängen, die einen Ausgleich mit dem Osten wünschten.

Das Scheitern der IV. Republik und die Übernahme der politischen Gewalt durch den General de Gaulle wurde deutscherseits mit unverhohlener Sorge begleitet, ganz davon abgesehen, daß man die größten Schwierigkeiten hatte, Ursachen und Auswirkungen dieses Machtwechsels wirklich zu verstehen. Jedenfalls war eine Epoche der deutsch-französischen Beziehungen zu Ende gegangen, da die V. Republik nun mit einem ganz anderen nationalen Anspruch auftrat und damit, verbal kaum verhüllt, im Kern an die Vorstellungen anknüpfte, wie sie am Ende des Zweiten Weltkriegs geherrscht hatten. Damit trat ein Kontinuitätsstrang der französischen Deutschlandpolitik wie-

der an die Oberfläche, der während der letzten Jahre der IV. Republik verschüttet zu sein schien.

1958–1963: Auf dem Wege zum deutsch-französischen Vertrag

Ohne Zweifel bestand von Anfang an zwischen der Neuorganisation der Institutionen und damit des innenpolitischen Machtapparats, den ökonomischen und monetären Maßnahmen vom Dezember 1958 (vor allem der Konvertibilität des Franken) als Vorbereitung für die Inkraftsetzung der Römischen Verträge sowie der sehr raschen Umorientierung der französischen Deutschlandpolitik ein enger Zusammenhang. Stärkung des Staates, Beginn einer neuen Phase des Industrialisierungsprozesses über die Herausbildung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger Monopole sowie das (vorläufig freilich nur verbal geäußerte) Bestreben nach Rückgewinnung außenpolitischer Unabhängigkeit stellten die Beziehungen zur Bundesrepublik zwangsläufig auf eine neue Grundlage. Denn mit dem Zusammenbruch der IV. Republik waren auch jene politischen Kräfte ausgeschaltet, die im Rahmen einer (wie immer gearteten) europäischen Integration ein neues Verhältnis zur Bundesrepublik gesucht hatten.

Das gaullistische Konzept sah dagegen ganz anders aus. Nicht um den Abbau nationaler Souveränität ging es, sondern im Gegenteil um ihre Stärkung, was logischerweise die Aufgabe supranationaler Integration zugunsten einer lockeren Konföderation implizierte. Sie übernahm nun die Funktion, das Machtpotential der Bundesrepublik einzuordnen, freilich mit dem (natürlich nie offen geäußerten) Ziel, ihre kraftvolle Wirtschaft in den Dienst einer neuen westeuropäischen Führungsrolle Frankreichs zu stellen.

Denn zwischen dem machtpolitischen Anspruch de Gaulles und der im Vergleich zur Bundesrepublik weniger entwickelten Ökonomie bestand ein klarer Widerspruch, der aber über eine, wie es hieß, „Union“ mit dem östlichen Nachbarn überwunden werden konnte. Dieses erschien um so notwendiger, als nur eine derartige „Zusammenarbeit“ in der Lage war, die Bundesrepublik

aus dem Bannkreis der USA zu lösen und damit deren Position in Europa zu schwächen. Schließlich benötigte de Gaulle die Bundesrepublik zur Verwirklichung seiner Entspannungspolitik gegenüber dem Osten.

De Gaulle versuchte also wie schon früher, nun allerdings in neuem Gewande, die bilateralen Beziehungen mit der Bundesrepublik im Sinne der Durchsetzung seiner innen- wie außenpolitischen Ziele zu instrumentalisieren. Trotz vieler, immer taktisch bleibender Wendungen und Windungen blieb dieser Kernpunkt seiner Politik unberührt.

Unvereinbare Bedingungen

Es bedarf keiner längeren Ausführungen, um festzustellen, daß die Bundesrepublik kein einziges Element dieser gaullistischen Konzeption ernsthaft akzeptieren konnte, ohne die Grundlagen ihres Selbstverständnisses in Frage zu stellen. Ganz im Gegenteil: Sie hatte sowohl hinsichtlich ihrer innenpolitischen Stabilität (1957: absolute Mehrheit der CDU/CSU), wie ihrer Sicherheit und ihrer ökonomischen Entwicklung vom Kalten Krieg nur profitiert – allen „Aufweichungstendenzen“ (etwa in Gestalt des „disengagements“) stand sie scharf ablehnend gegenüber. Sie war (zumindest verbal) für die Aufgabe von Souveränitätsrechten und begriff folglich den Gemeinsamen Markt als Vorstufe für weitere Schritte zur westeuropäischen Integration. Fast in jedem Punkt der gaullistischen Konzeption vertrat die Bundesrepublik eine diametral entgegengesetzte Position, was um so stärker ins Gewicht fiel, als seit 1959/60 keine wesentliche innenpolitische Kraft diese Position angriff.

Wie sollten sich die deutsch-französischen Beziehungen unter solchen Bedingungen weiter entwickeln? Obwohl jede kühle Analyse diese Divergenzen, ja Unvereinbarkeiten aufgedeckt hätte, bestand das Drama darin, daß eine Reihe von Faktoren zunächst dazu führte, diesen Gegensatz nicht klar hervortreten zu lassen. Das persönliche Element spielte dabei eine große Rolle. Die erste Begegnung zwischen de Gaulle und Adenauer in Colombey (14./15. Sept. 1958) endete damit, daß

beide Staatsmänner füreinander eine ebenso merkwürdige wie plötzliche Affinität, ja sogar Sympathie entdeckten. Manches erklärt sie: Beide ähnelten einander in ihrem autokratischen Charakter und Regierungsstil, in ihrer pessimistischen Auffassung vom Menschen und der Geschichte, in ihrer Art, politische Ziele auf wenige, klar definierbare Prinzipien zu reduzieren und mit großem Starrsinn dann daran festzuhalten, was den Einsatz aller taktischen Finessen keineswegs ausschloß. Dennoch ist nicht klar, wer wen auf Dauer mehr charmiert hat, wo das Gefühl aufhörte und das Kalkül begann (letzteres bei de Gaulle sicherlich ausgeprägter als bei Adenauer). Sicher ist, daß diese ausgeprägte Personalisierung der Genesis des deutsch-französischen Vertrags nicht genutzt hat: Nur wenige Mitarbeiter waren informiert, und so mancher Schachzug kam allzu plötzlich und traf auf eine unvorbereitete und damit die Entstehung des Vertrags auch kaum mittragende öffentliche Meinung. So kam es, daß keine einzige Bestimmung des Vertrags, ja seine Notwendigkeit selbst, öffentlich diskutiert worden ist. Wozu sollte eine an geheimdiplomatische Verhaltensweisen erinnernde Politik aber dienen, wenn es doch erklärtermaßen darum ging, die Aussöhnung zwischen zwei Völkern zu konsekrieren?

Im übrigen hätten sicherlich manche Enttäuschungen nach Abschluß des Vertrags vermieden werden können. Hinzu kam, daß beide Staatsmänner nicht immer alle Karten auf den Tisch legten und ehrlich argumentierten. Jeder der beiden zog es vor, stets das zu betonen, was der andere gern hören wollte. So glaubte schließlich jeder, daß der andere seiner eigenen Einschätzung zustimmte. Dabei wurde das, worum es beiden in letzter Instanz ging, verdrängt oder zumindest mit unsicheren Konturen versehen. Daraus ergab sich, daß man mehr Gemeinsames zu finden glaubte, als tatsächlich vorhanden war.

Der internationale Kontext

Am stärksten aber fiel ins Gewicht, daß der internationale Kontext wenig geeignet war, die tiefer liegenden Absichten der beiden Kontrahenten klar hervortreten zu lassen, obwohl, und hier liegt

eine der vielen Ungereimtheiten der Entstehungsgeschichte des deutsch-französischen Vertrags, de Gaulle wenige Tage nach dem Treffen in Colombey sein berühmt-berüchtigtes Memorandum über die Reorganisation der NATO (im Sinne eines „Dreierdirektoriums“ aus den USA, Großbritannien und Frankreich) an die angelsächsischen Regierungen übersandte, ohne seinen neuen Freund Adenauer zu unterrichten. Als dieser davon erfuhr, reagierte er, wie nicht anders zu erwarten, mit großer Schärfe auf den Plan seines Freundes.

Diese in grundsätzlichen Fragen immer wieder aufbrechenden deutsch-französischen Divergenzen wurden durch andere Ereignisse wieder verwischt. Dazu gehörte das Berlin-Ultimatum Chruschtschows von 1958, das de Gaulle, zur hellen Freude Adenauers, auf einen hart antisowjetischen Kurs brachte. Als Amerikaner und Briten einzulenken versuchten, waren es de Gaulle und Adenauer, die alle Verhandlungsangebote an die Sowjetunion zu Fall brachten. In der Frage der von Großbritannien vorgeschlagenen Freihandelszone gingen die Ansichten wieder auseinander, trafen sich aber in dem Willen, den Abbau der Zölle im Europa der Sechs zügig voranzutreiben.

Die nachhaltigste Annäherung des deutschen und französischen Standpunktes aber bewirkte unzweifelhaft die Kennedy-Administration mit ihrer Absicht, das bislang praktizierte strategische Konzept der „massiven Abschreckung“ angesichts der neuen Pattsituation der strategischen Rüstungen zwischen den beiden Supermächten zugunsten des Konzepts der „flexiblen Antwort“ aufzugeben. Das bedeutete, daß entsprechend dem Grad der sowjetischen Herausforderung mit adäquaten Mitteln reagiert werden sollte. De Gaulle und Adenauer fürchteten nun, daß damit die amerikanische Schutzgarantie für Europa aufgeweicht würde. Dies war einer der Gründe dafür, daß de Gaulle wenig später den Aufbau einer eigenen atomaren Streitkraft in Angriff nahm. Damit zog er allerdings die entgegengesetzten Schlußfolgerungen aus der neuen Situation, im Gegensatz zu Adenauer, der alles versuchte, eine innere Stärkung der NATO durchzusetzen. Gerade in

dieser entscheidenden Frage der Verteidigung Westeuropas führten mithin ähnliche Sorgen zu Maßnahmen, die alles andere als eine deutsch-französische Gemeinsamkeit bewirkten. Außerdem hatte de Gaulle mit seiner Grundsatzrede vor der Militärakademie (3. November 1959) allen Versuchen in Richtung auf eine weitere Integration innerhalb der Atlantischen Allianz den Krieg erklärt, ja den möglichen Austritt aus der NATO anklingen lassen. Welche Wechselbäder im Verhältnis zwischen beiden Ländern! Wie sollte es unter solchen Bedingungen zu einer engeren Bindung kommen, von der immer wieder die Rede war? Es scheint, daß de Gaulle es war, der eine relativ stringente Strategie verfolgte, während Adenauer kein eigenes Konzept entgegenzustellen hatte.

Drei Voraussetzungen

Für de Gaulle waren diese Bedingungen gegeben, wenn drei Voraussetzungen erfüllt waren: zunächst eine klare Stärkung der Stellung Frankreichs mit Hilfe einer Konsolidierung der neuen Institutionen, einer Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses sowie (vor allem) der Beendigung des Algerienkrieges; weiterhin genügend Zeit, um seinen Vorstellungen von einem unabhängigen Europa eine breite Basis in der Öffentlichkeit zu geben; schließlich die Notwendigkeit, Adenauer für seine Politik zu gewinnen.

Mit anderen Worten: Konzessionen sollte im wesentlichen die Bundesrepublik machen, indem sie bislang eingenommene, zentrale Positionen aufgab, ohne entsprechende Gegenleistungen erwarten zu dürfen, die eine Art Mittelweg zwischen beiden Interessenlagen ermöglichten. Freilich hätte eine solche Vorgehensweise schnell ihre Grenzen aufgezeigt.

Den entscheidenden Einschnitt stellte schließlich das Jahr 1962 dar. Nun war für de Gaulle die Zeit gekommen, den deutsch-französischen Bilateralismus gemäß seinen Vorstellungen enger zu gestalten. Die von ihm selbst gesetzten Vorbedingungen waren erfüllt: der Algerienkrieg beendet und damit die Institutionen gefestigt (wozu das

erfolgreiche Referendum über die Volkswahl des Staatspräsidenten noch beitrug); de Gaulles innen- wie außenpolitisches Prestige auf dem Höhepunkt; die ökonomische Expansion ange laufen.

In einem Punkt hatte er sich allerdings verrechnet: Wie das Scheitern auch des Zweiten Fouchet-Plans (18. Januar 1962) zeigte, war Europa nicht bereit, den Vorstellungen de Gaulles hinsichtlich der Schaffung einer intergouvernementalen westeuropäischen Konföderation zu folgen. Aber gerade dieses Scheitern mußte ihn in der Absicht bestärken, über eine (wie immer geartete) Abmachung mit der Bundesrepublik eine Art Mini-Fouchet-Plan doch noch zu verwirklichen.

Demgegenüber war seit 1961 die Stellung Adenauers und damit die mit seinem Namen verbundene Innen- wie Außenpolitik in eine schwere Krise geraten. Der Bau der Berliner Mauer führte sein Wiedervereinigungskonzept ad absurdum; der neuen (bald, seit der Kuba-Krise, auf Entspannung drängenden) amerikanischen Politik stand er mit wachsendem Unverständnis gegenüber; der Verlust der absoluten Mehrheit läutete sein (auf Herbst 1963 programmiertes) politisches Ende ein. Zugleich offenbarte die Spiegel-Affäre zum ersten Mal ein innenpolitisches Konfliktpotential, das viele für überwunden glaubten. Schließlich zerfiel seine eigene Partei immer mehr in ein „atlantisches“ und ein „europäisches“ Lager, was das Zaudern gegenüber den von de Gaulle formulierten Vorschlägen erklärt. Aber gerade diese Schwäche, diese innen- und außenpolitischen Ungewißheiten, insbesondere nach seinem Abgang, brachten Adenauer um so mehr dazu, alle Hoffnungen auf eine Abmachung mit Frankreich zu richten, ganz abgesehen davon, daß er hier seinem Lebenswerk einen ebenso würdigen wie politisch notwendigen Abschluß geben konnte. Allerdings, und dies war der Preis, machte ihn diese Situation dafür reif, im großen und ganzen auf die Vorstellungen de Gaulles einzuschwenken.

Die unmittelbare Ausarbeitung der geplanten deutsch-französischen Abmachung (deren Form, Protokoll oder Vertrag zunächst offen blieb) voll-

zog sich in einem Klima voller Emotionen und damit auch Irrationalismen, hinter dessen Rauchvorhang ein im ganzen eher enttäuschender und kaum als homogen zu bezeichnender Text zustande kam. Welcher Kontrast zwischen der propagandistisch hochgespielten Reisediplomatie (insbesondere die ganz in seinem gewohnten plebiszitär-demagogischen Stil durchgeführte Deutschlandreise de Gaulles) einerseits und der eher kümmerlichen Debatte um den Vertragstext andererseits! Dabei war jeder, ursprünglich von de Gaulle vorgeschlagene Punkt umstritten und berührte Grundsatzzfragen des deutsch-französischen Verhältnisses. Dies galt insbesondere für die militärische Kooperation, die de Gaulle strikt bilateral, Adenauer aber immer im Rahmen der NATO organisiert wissen wollte.

Text ohne verpflichtenden Charakter

De Gaulle wünschte, daß die Bundesrepublik mehr Waffen in Frankreich kaufte; diese aber war durch ihre Abkommen mit den USA im Zusammenhang mit den Stationierungskosten so gebunden, daß kaum ein Spielraum blieb. Dies galt, mit ähnlicher Frontstellung, für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, mit der die Bundesrepublik die EWG nicht gefährden wollte. Auch war, um nur noch ein weiteres Beispiel zu nennen, die Forderung nach Einführung des Französischen als erste Fremdsprache in der Bundesrepublik natürlich unreal. Andererseits durfte man es in keinem dieser Punkte zu einer Kontroverse kommen lassen, die das Ganze in Frage gestellt hätte. Also blieb nur das übrig, was schließlich auch herauskam: ein widersprüchlicher, wenig substantieller Text, dessen Bestimmungen keinerlei verpflichtenden Charakter besaßen.

Wie sollte es anders sein, nachdem in der Bundesrepublik das atlantische Lager mit Gerhard Schröder als neuem Außenminister mächtig an

Einfluß gewonnen hatte? Schröder hatte alles getan, um die französischen Vorschläge zu verwässern; er war es auch, der gegen Adenauer für die Form eines Vertrags plädierte, um auf diese Weise eine Ratifizierungsprozedur und damit eine öffentliche Debatte zu ermöglichen, die dann sofort die tiefer liegenden deutsch-französischen Divergenzen ans Licht bringen würde.

Diese Taktik drängte sich um so mehr auf, als zu dieser Zeit (Dezember 1962/ Januar 1963) klar wurde, daß sich de Gaulle, im Gegensatz zur Position der Bundesrepublik, dem Antrag Großbritanniens zur Aufnahme in die EWG widersetzen würde. Für ihn stellten die Briten das „Trojanische Pferd“ der USA in Europa dar; also mußte der Beitritt verhindert werden. Welch eine Schizophrenie: Da wurde feierlich der deutsch-französische Freundschaftsvertrag unterzeichnet, der beide Regierungen auf eine „gemeinsame Politik“ in wesentlichen Fragen festlegte, und nur wenige Tage später (29. Januar) erfolgte das Veto de Gaulles gegen den britischen EWG-Beitritt, für den sich die Bundesrepublik ausgesprochen hatte, dem Adenauer aber offensichtlich eine untergeordnete Bedeutung beimaß.

So zeigt die Vorgeschichte des deutsch-französischen Vertrags bereits alle jene Ambivalenzen, an denen sich seine Anwendung später stoßen sollte. Aus dieser Vorgeschichte läßt sich aber auch eine eindeutige Lehre ziehen: Je offener ein Konflikt zwischen beiden Ländern ausgefochten wird, desto besser ist es für ihre Beziehungen. Ob nun mit oder ohne Vertrag: Entscheidend bleibt, daß eine Annäherung nur dann Sinn hat, wenn sie jedem der beiden Völker bei der Lösung nicht zuletzt auch seiner gesellschaftlichen Probleme hilft. Das aber setzt voraus, daß diese Probleme richtig erkannt und aufgenommen werden, ohne daß das eine oder andere Land einen (wie immer gerechtfertigten) Führungsanspruch anmeldet.